

**Mitgliederversammlung 2021  
am 28. September in Berlin**

**„DIE VERSICHERUNGSWIRTSCHAFT VOR EINER NEUEN  
LEGISLATUR“**

**Bericht des Präsidenten Dr. Weiler**

- *Es gilt das gesprochene Wort* -

---

**Einführung**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Bericht des Präsidenten sollte beginnen mit einem Blick auf das Ergebnis der Bundestagswahl am vergangenen Sonntag. Ich werde am Ende meines Berichts darauf auch zurückkommen.

Doch wie auch immer die Verhandlungen zur Bildung einer neuen Bundesregierung ausgehen und welche Farben die neue Koalition am Ende trägt – ich wage die These, dass unsere Branche vor denselben Herausforderungen steht:

Keine Regierungskoalition gleich welcher Couleur kommt in der nächsten Legislaturperiode daran vorbei, die

Handlungsfreiheit künftiger Generationen sicherzustellen – und damit die Grundsätze des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 29. April 2021 umzusetzen.

Die Themen der Nachhaltigkeit und des Klimaschutzes stehen deshalb ganz oben auf der Agenda der Politik, nicht nur hierzulande, sondern weltweit – auch für unseren Verband.

Das haben wir bereits mit der Erarbeitung unserer Nachhaltigkeitspositionierung intern, aber auch im politischen Raum deutlich unter Beweis gestellt. Die ersten Umsetzungsschritte sind bereits getan, und wir werden weiter konsequent voranschreiten.

Auch in der privaten Altersvorsorge stehen wir ausweislich der Wahlprogramme aller Parteien vor einem Umbruch: Ein neues Standardprodukt soll eine private, kapitalgeckte Vorsorge voranbringen – einen Neustart, wie wir ihn für die Riester-Rente gefordert hatten. Die Frage ist nur, wird dieser Neustart privatwirtschaftlich oder staatswirtschaftlich erfolgen? Das wird von der Zusammensetzung der neuen Bundesregierung abhängen.

Gleich, wie sich die möglichen Koalitionspartner am Ende entscheiden – es ist realistisch, dass sie ihre Pläne auch

umsetzen. Wir sind deshalb gut beraten, uns auf diesen Neustart in der privaten Vorsorge vorzubereiten und uns in der Diskussion zu Wort zu melden.

Lassen Sie uns also die Chancen nutzen – wie das gelingen kann – auch darauf will ich noch zu sprechen kommen.

### **Rechenschaftsbericht / Themen der Branche**

Meine Damen und Herren,

der Verband hat seine Wahl für die neue Legislatur bereits in der Mitgliederversammlung im vergangenen Jahr getroffen: Sie, die Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedsunternehmen, haben das Präsidium neu gewählt.

Unser langjähriger, sehr verdienter Hauptgeschäftsführer, Dr. von Fürstenwerth, ist in den Ruhestand getreten und mit Jörg Asmussen hat am Tag nach der letzten Mitgliederversammlung der neue Hauptgeschäftsführer seine Arbeit aufgenommen. Ihm zur Seite steht seitdem als stellvertretender Hauptgeschäftsführer Dr. Peter Schwark mit Schwerpunkt auf der Lebensversicherung. Und seit dem 1. September diesen Jahres verstärkt Anja Käfer-Rohrbach als neue stellvertretende Hauptgeschäftsführerin für den

Bereich Schaden und Unfall die Exekutive unseres Verbandes.

Damit ist die nach der Satzungsänderung im letzten Jahr deutlich verkleinerte Geschäftsführung komplett.

Und wir sind vorangekommen. Beispiele dafür sind zuallererst unsere Nachhaltigkeitspositionierung, die Pandemie-Versicherungslösung und nicht zuletzt die konstruktiven Ansätze zur Lösung von Kollateralschäden der Corona-Pandemie, namentlich in der Warenkreditversicherung oder der Reiseinsolvenzabsicherung.

Im vergangenen Jahr stand mein Lagebericht unter der Überschrift „Die neue Normalität“. Doch die besonderen Umstände dieser Mitgliederversammlung zeigen – es ist keine Normalität, die Stabilität verspricht. Das Corona-Virus zwingt uns immer noch, flexibel auf die Verläufe der Pandemie zu reagieren. Das aber haben wir gut bewältigt:

### **Versicherungswirtschaft in der Pandemie**

Seit Ende März vergangenen Jahres ist es uns in Rekordzeit gelungen, einen Großteil der Belegschaften fit für das mobile Arbeiten zu machen. Im Schnitt waren etwa 80 Prozent, im

Maximum sogar über 90 Prozent unserer Beschäftigten „per remote“ durch alle Lockdown-Phasen tätig, viele sind es immer noch.

Dank einer leistungsfähigen IT verlief die Einrichtung von bis zu 190.000 mobilen Arbeitsplätzen reibungslos und ohne merkliche Produktivitätseinbußen. Allerdings ergeben sich neue Anforderungen an das Arbeitsumfeld, die Unternehmenskultur sowie die Betriebs- und Arbeitsorganisation.

In den Unternehmen wird daran gearbeitet. Aber im Kontext mobiler, Orts- und Zeit-flexibler Arbeit sind Politik und Unternehmen gleichermaßen gefordert, Lehren und Erkenntnisse in verbindliche Rahmenbedingungen umzusetzen. Vor allem aber, dafür die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen:

- Dazu gehört zuallererst, stabile Kommunikationsnetze auszubauen und bereitzustellen, damit auch in ländlichen Regionen im Umfeld der Unternehmensstandorte in gemeinsamen Netzen gearbeitet werden kann.
- Dazu gehört zweitens, eine Führungs- und Unternehmenskultur zu etablieren, die einen unternehmensindividuellen Mix aus Büropräsenz und mobilem Arbeiten erlaubt und befördert. Auch im

Wettbewerb um Nachwuchskräfte können wir damit punkten.

- Schließlich gilt es, die Flexibilisierung der Arbeit im Einklang mit den Tarifverträgen, Betriebsvereinbarungen und gesetzlichen Anforderungen abzusichern. Beim Arbeitsschutz und bei der Arbeitszeit, beim Datenschutz und auch bei steuerlichen Fragen werden in der neuen Legislatur Rechtsanpassungen erforderlich, damit wir Arbeit und Beschäftigung in den Unternehmen an die Bedingungen einer neuen, digitalen Normalität ausrichten können.

### **BSV / Warenkredit / Reiseinsolvenzabsicherung**

Meine Damen und Herren,

ein anderes Thema dieser Pandemie wird uns in den kommenden Monaten zurück in den medialen Fokus bringen, auch wenn es derzeit darum ruhig ist: Die rechtlichen Auseinandersetzungen um die Betriebsschließungsversicherung haben den Bundesgerichtshof erreicht. Wie auch immer die Urteile durch den BGH demnächst ausfallen – mit den Urteilsgründen sollten wir uns selbstkritisch auseinandersetzen.

Denn der Reputationsschaden, der uns in diesem Zusammenhang ereilt hat, dürfte auch auf die Diskussion um ein Pandemie-Absicherungssystem ausstrahlen, für das wir in den vergangenen zwölf Monaten intensiv geworben haben. Die Diskussion um eine Versicherungslösung ist noch nicht beendet. Im Gegenteil dürfte sie spätestens dann wieder in Gang kommen, wenn das Bundesfinanzministerium das Ergebnis der Ausschreibung zur Zukunft von EXTREMUS vorlegt – aller Voraussicht nach zu Beginn des Jahres 2022. Wir werden uns dann der Diskussion über die konkrete Ausgestaltung des Systems stellen müssen...

Als vollen Erfolg können wir demgegenüber den Schutzschirm betrachten, den die Bundesregierung und die Kreditversicherer im Frühjahr 2020 zur Absicherung der Lieferantenkredite gemeinsam gespannt haben. Er hat dazu beigetragen, Lieferketten und Warenströme in einem Umfang von rund 420 Milliarden Euro zu stabilisieren. So konnten die Lieferketten der deutschen Wirtschaft aufrechterhalten werden und der Schutzschirm planmäßig Mitte dieses Jahres auslaufen.

Ein ähnlich beherztes Eingreifen, jedenfalls deutlich mehr Tempo, hätten wir uns auch bei der Neuregelung der obligatorischen Reiseinsolvenzabsicherung gewünscht. Hier

erwarten wir, dass der Reisesicherungsfonds seine Funktion nunmehr ab dem 1. November endlich erfüllen wird.

## **Hochwasser, Elementarschäden, Versicherungspflicht**

Meine Damen und Herren,

während wir die Corona-Krise durch Vakzine, Testungen und auch ein gesellschaftliches Risikomanagement wohl einigermaßen verlässlich in den Griff bekommen, stehen wir bei der Bewältigung der Klimakrise erst am Anfang.

Was früher vielleicht Jahrhundertereignisse waren, spielt sich heute im Abstand weniger Jahre ab. Der Klimawandel ist real und er ist hier: Nach allen Prognosen werden wir in Deutschland deutlich häufiger und deutlich heftiger von extremen Wetterlagen getroffen. Wir müssen daher viel umfassender Vorsorge treffen, um uns vor den Folgen des Klimawandels zu schützen.

Die Flutkatastrophe vom Juli 2021 hat tiefe Spuren bei den Betroffenen hinterlassen – menschlich und materiell. Wir unternehmen alle erdenklichen Anstrengungen, unseren Versicherten in dieser Notlage zu helfen. Voraussichtlich sieben Milliarden Euro werden die Versicherer an die Betroffenen auszahlen. Schnell und unkompliziert.

Das umsichtige und kundenfreundliche Verhalten der Versicherungsunternehmen waren eine gewaltige Hilfe für die Geschädigten. Bislang sind rund 1,5 Mrd. Euro Schadenleistungen an Versicherte voraus- oder ausgezahlt worden (Stand 17.09.21). Wir haben unter Beweis gestellt, wie bedeutend diese Versicherung zur Folgenbeseitigung ist.

Dennoch müssen wir selbstkritisch feststellen: Es ist uns in den vergangenen Jahren trotz vielfältiger Anstrengungen nicht gelungen, die an sich gebotene Versicherungsdichte bei der Elementarversicherung zu erreichen. Trotz Zusammenarbeit mit Ländern und Verbraucherschutz, trotz Informationsschreiben und persönlicher Ansprache unserer Vermittler – es fehlte die notwendige Unterstützung der Politik, die den letzten Anstoß für den unerlässlichen Risikoschutz hätte auslösen und die Lethargie vieler Verbraucher überwinden können.

Hier müssen wir neue Wege gehen. Deshalb sprechen wir uns für ein neues Gesamtkonzept zur Klimafolgenanpassung aus – mit Aufklärung, verbindlichen Maßnahmen zur privaten und staatlichen Prävention und einer Versicherung, die den materiellen Schaden kompensiert.

Die Folgen von Unwetterkatastrophen, wie das Hochwasser in NRW und Rheinland-Pfalz lassen sich nur im verantwortlichen Zusammenwirken von Bund, Ländern und Kommunen, Hauseigentümern und Mietern, Kreditwirtschaft und Versicherern minimieren.

Das ist eine politische Gestaltungsaufgabe: geeignete Infrastruktur- und Hochwasserschutzmaßnahmen sind dauerhaft sicherzustellen. Bauverbote in gefährdeten Gebieten gehören dazu ebenso wie Schutzmaßnahmen für Bestandsbauten und der Sachwertschutz. Hier ist die Elementarversicherung Teil des Gesamtkonzepts. Und auch hier bedarf es der engen Kooperation zwischen Staat und Versicherungswirtschaft.

Wir werden weiter aktiv versichern. Und wir werden um den notwendigen Schulterschluss zwischen Politik und Versicherungswirtschaft weiter werben: In Kürze legen wir ein neues Konzept dafür vor, wie sich die Verbreitung der Naturgefahrenversicherung zu risikogerechten Preisen signifikant erhöhen lässt – auch jenseits einer Pflichtversicherung. Wir werden die neue Bundesregierung bitten, für die weitere Gestaltung und Umsetzung dieses Gesamtkonzeptes Sorge zu tragen.

## **Nachhaltigkeitspositionierung und -umsetzung**

Das Thema Naturgefahren verdeutlicht, wie wichtig die Ausrichtung der Verbandsarbeit auf das Thema Nachhaltigkeit ist. Ich hatte dazu im vergangenen Jahr eine strategische Neuausrichtung angekündigt – heute sind wir bereits in der Umsetzung.

Im Januar hat das Präsidium eine ambitionierte Nachhaltigkeitspositionierung verabschiedet. Sie fokussiert auf unseren Beitrag zum Klimaschutz – letztendlich also auf unseren Beitrag zu dieser Menschheitsaufgabe. Der Weltklimarat IPCC hat im August den Wissensstand zum Klimawandel in einem beeindruckenden Bericht zusammengefasst. Er hat darin aufs Neue die Folgen eines ungebremsten CO<sub>2</sub>-Ausstoßes dargelegt: steigende Klimaerwärmung, Hitzeperioden und zugleich häufigere und heftigere Extremwetter überall auf der Welt.

In unserer Positionierung haben wir für uns als Branche konkrete Zielmarken definiert. Daran wollen wir uns messen lassen:

- Wir wollen unsere Geschäftsprozesse bis 2025 klimaneutral gestalten.

- Wir wollen unsere Kapitalanlagen bis 2050 klimaneutral investieren und dabei fortlaufend zeigen, dass wir vorankommen.
- Und wir wollen unserer Versicherungsaktivitäten und Produkte sukzessive an ESG-Kriterien ausrichten.

In unseren Ausschüssen und Kommissionen haben Sie im Frühjahr ausführlich diskutiert, was das im jeweiligen Aufgabenbereich heißt. Diese Diskussionen und Umsetzungsmaßnahmen werden kontinuierlich weitergeführt.

Wir lernen aus diesen Diskussionen sehr viel: Die Auseinandersetzung mit Nachhaltigkeit setzt Kreativität und Innovationskraft frei. Wir stellen neue Fragen: Welchen Beitrag leisten unsere Unternehmen und unsere Produktwelt zum Klimaschutz, zur Kreislaufwirtschaft? Wie abhängig ist unsere Wertschöpfung von Umweltleistungen wie sauberem Trinkwasser oder der biologischen Arten-Vielfalt? Das waren bis jetzt keine selbstverständlichen Fragen. Aber die Antworten zeigen Einsparpotenziale, innovative Produktideen oder Kooperationen mit neuen Geschäftspartnern. Auch Risiken, die wir sonst nicht so früh oder so umfassend erkannt hätten.

Die Angebote, die wir daraus entwickeln, untermauern unsere Rolle in der Gesellschaft. Sie sichern unsere Zukunft. Denn sie lassen erkennen, dass wir einen relevanten Beitrag zur Begrenzung des Klimawandels leisten.

Mit diesen Angeboten treten wir als selbstbewusste Partner an die Politik heran. Denn auch die neue Bundesregierung muss ihre Hausaufgaben beim Thema Klimaschutz machen.

Der nächste Kanzler wird ein „Klimakanzler“ sein, ob er will oder nicht. So hat kürzlich „Der Spiegel“ den Handlungsdruck aus dem Bericht des Weltklimarates zusammengefasst.

Die Herausforderungen sind gewaltig, um die entwickelten Volkswirtschaften von fossilen Rohstoffen weitgehend unabhängig zu machen.

Als Versicherer und Kapitalanleger wollen und werden wir in diesen Diskussionen mitmischen, uns als ernsthafte Partner positionieren und uns damit strategische Vorteile verschaffen: weil wir frühzeitig erkennen können, wohin die Reise geht und wie wir damit die Chancen aus der ökologischen Transformation der Wirtschaft nutzen können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

diese nachhaltige Transformation wird uns weiter intensiv fordern. Das Verständnis, das Ausbuchstabieren von Nachhaltigkeit entwickelt sich fortlaufend weiter. Wir sehen das gerade auch in der Regulierung, etwa an den unvollendeten Standards zur Taxonomie-Verordnung oder dem Verordnungsentwurf für die Nachhaltigkeitsberichterstattung. Die Grundzüge auf dem Papier sind da, die Umsetzung in die Praxis aber wirft viele Fragen auf. Wir sehen das im Verband an den Webinaren zur Transparenz-Verordnung und zur nicht-finanziellen Berichterstattung, die von Ihnen außerordentlich gut angenommen werden.

Weil wir an der Standardsetzung unmittelbar mitarbeiten wollen, ist der Verband den größten internationalen Initiativen beigetreten, die das Nachhaltigkeitsprinzip in der Finanzwirtschaft und im Versicherungssektor mit Leben erfüllen wollen: Den Principles for Responsible Investments (PRI) und der Net Zero Asset Owner Alliance im Bereich Kapitalanlagen sowie den Principles for Sustainable Insurance (PSI) für die Themen der Schaden- und Unfallversicherung.

Wir werden sehr transparent und ehrlich offenlegen, wo wir als Branche stehen. Greenwashing ist keine Option. Das

Reputationsrisiko wäre viel zu hoch. Viele von Ihnen haben Fragebögen des Verbandes bekommen, mit denen wir ein realistisches Bild erhalten wollen, an welchem Punkt unseres Weges wir uns gerade befinden: Wie hoch ist denn der CO<sub>2</sub>-Fußabdruck? Was bedeutet Nachhaltigkeit für die Aktiv- und Passivseite konkret? Auch die BaFin hat in diesem Jahr eine große, zum Teil sehr detaillierte Umfrage durchgeführt, um zu erfahren, wie die Finanzwirtschaft sich gegen Nachhaltigkeitsrisiken rüstet. Die Erkenntnisse aus alledem werden wir im November in einem Nachhaltigkeitsbericht des GDV veröffentlichen. Bei unserem TransVer Day, dem ersten Nachhaltigkeitstag am 10. November, wollen wir ins Gespräch mit der Politik und der kritischen Öffentlichkeit kommen. Der TransVer Day soll in Zukunft ein festes Datum werden, an dem wir Bilanz ziehen und unsere Nachhaltigkeitspositionierung weiterentwickeln.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

diese strategische Neuausrichtung – sie ist nicht nur notwendig, um Versicherung zukunftsfähig zu halten. Sie ist auch unabdingbar, um in anderen Themenfeldern stärker Gehör zu finden.

## **Altersvorsorge**

Ich komme damit zur Altersvorsorge.

54 Jahre alt ist der sogenannte Medianwähler in diesem Monat der Bundestagswahl 2021. Diese Zahl mag erklären, warum in den Monaten dieses Wahlkampfes so wenig über den notwendigen Konsolidierungsbedarf der Gesetzlichen Rentenversicherung debattiert wurde. Denn es wären unbequeme Debatten zu führen gewesen um das Rentenniveau, den Beitragssatz, die Regelaltersgrenze und den Steuerzuschuss – allesamt keine Gewinnerthemen im Wahlkampf.

Jede Reform in der Alterssicherung hält Zumutungen bereit: Für die Rentner, für die Beitrags- und Steuerzahler, für die jungen Generationen.

Und keine der künftigen Regierungsparteien bestreitet, dass es Reformbedarf gibt angesichts der Tatsache, dass ab Mitte dieses Jahrzehnts – also zum Ende dieser nun beginnenden Legislatur – die geburtenstarken „Babyboomer“-Jahrgänge sukzessive in den Ruhestand gehen.

Umso frustrierender endete die letzte Legislaturperiode für die Lebensversicherer. Denn statt die vereinbarte und

vorbereitete durchgreifende Reform der privaten Altersvorsorge dann auch durchzuführen, wurde die Reform erst verzögert und schließlich fallengelassen.

Im Ergebnis der angekündigten Reform ist weder die gesetzlich geforderte Beitragsgarantie gelockert noch die Absenkung des Höchstrechnungszinses damit synchronisiert worden. Viele Anbieter der Fonds- und Versicherungswirtschaft werden Riester-Produkte deshalb nicht mehr anbieten können.

Dabei wissen alle potenziellen Koalitionspartner trotz unterschiedlicher Rhetorik, dass es ohne die zweite und die dritte Säule, ohne ergänzende Vorsorge keine auskömmliche Alterssicherung geben kann.

Heute, nach der Wahl stehen wir deshalb auch in der privaten Altersvorsorge vor einer Richtungsentscheidung: Welche Rolle spielen künftig Markt und Wettbewerb, welche Rolle spielt der Staat selbst als etwaiger Anbieter einer kapitalgedeckten Altersvorsorge? Die Stichworte Bürgerfonds, gesetzliche Aktienrente oder Deutschlandrente sind bekannt.

Eine zweite Frage wird in dieser Richtungsentscheidung relevant: Bleibt private Altersvorsorge freiwillig oder wird sie

zur Pflicht? Damit aufgeworfen ist auch die Frage, welche Rolle individuelle Beratung und Vermittlung künftig gegenüber automatisierten Vertragsabschlüssen haben werden, etwa im Rahmen eines Opt-out-Modells.

Meine Damen und Herren,

wir stehen für ein im Kern freiwilliges und privatwirtschaftliches Angebot, das sich im Wettbewerb misst und durch Staatsferne Eigentumsrechte garantiert. Wir wissen, auf welche Reformkonzepte für die kapitalgedeckte Altersvorsorge sich die Branche vorbereiten muss. Da geht es um das Spannungsfeld zwischen Garantien und Chancen. Und da geht es auch um Kosten, dem Hauptkritikpunkt bei der Riester-Rente.

Wir bringen uns mit Ideen und Angeboten in den politischen Prozess ein. Aber dabei muss eine Sache ganz klar sein: Renditestärkere und kostengünstigere Produkte gibt es nicht ohne eine durchgreifende Reform und Entschlackung des gesetzlichen Rahmens. Die Vorschläge, die wir dazu gemacht haben, sind weiter aktuell. Das fängt bei den gesetzlichen Mindestgarantien an und hört bei einer Entbürokratisierung der Förderung noch nicht auf. Unsere Vorschläge fanden Widerhall in den Wahlprogrammen – Forderungen etwa nach einer durchgreifenden Reform der

geförderten Altersvorsorge mit entsprechendem Bürokratieabbau finden sich bei der CDU, der SPD und der FDP. Natürlich gibt es immer auch Einschränkungen, sei es bei den Abschlusskosten, der Verrentungspflicht oder bei dem Vorschlag eines zusätzlichen öffentlichen Produkts. Aber immerhin: wir haben Linien aufgezeigt und Anknüpfungspunkte geschaffen für die nun zu führenden politischen Gespräche.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

bevor ich auf die Themen der Privaten Krankenversicherung komme, noch ein kurzer Blick zum Solvency II-Review.

## **Solvency II**

Wie Sie wissen, hat die Europäische Kommission in der vergangenen Woche ihre Vorschläge zur Überarbeitung von Solvency II vorgelegt und ist dabei in weiten Teilen den Empfehlungen der EIOPA gefolgt. Wir begrüßen es, dass das Proportionalität-Prinzip mit den Ansätzen zur automatischen Anwendung nun endlich in dem Regelwerk verankert wird. Eines unserer ewigen Kernanliegen. Allerdings stellen wir uns den Anwendungsbereich breiter vor, ebenso den Schwellenwert, ab dem Solvency II gilt.

Und differenziert fällt unsere Einschätzung auch mit Blick auf die quantitativen Aspekte aus. Die Kommissionsvorschläge selbst enthalten dazu zwar nicht viele konkreten Anpassungen. Allerdings hat sie mögliche technische Vorgaben auf den untergeordneten Gesetzgebungsebenen skizziert und zieht dort in Erwägung, die EIOPA-Empfehlungen zu den Extrapolationsparametern zu übernehmen. Gleichzeitig erwägt sie gegenüber den EIOPA-Empfehlungen Verbesserungen für das Zinsrisiko, die Risikomarge und die Volatilitätsanpassung. Diese Verbesserungen sind nicht zu unterschätzen.

Wir werden uns in den kommenden Wochen genau ansehen, ob das Gesamtpaket damit passt. Und natürlich werden wir unsere Sichtweise dann in den politischen Prozess einbringen. Das gilt auch für andere Aspekte, etwa die vorgeschlagenen Erweiterungen der Aufsichtsbefugnisse.

### **Themen der PKV**

Ich komme nun zur Privaten Krankversicherung, die aktuell sehr stark durch die Covid19-Pandemie gefordert ist. Sie kann dabei ein positives Zwischenfazit ziehen: Denn das Coronavirus ist in Deutschland auf eines der besten Gesundheitssysteme der Welt getroffen. Die starke medizinische Infrastruktur auf der Basis einer soliden dualen

Finanzierung macht einen entscheidenden Unterschied im Vergleich zu EU-Ländern, die in der Corona-Krise teilweise überlastet waren.

Viele Voraussetzungen für die gute Bewältigung der Corona-Pandemie hingen und hängen dabei von der überproportionalen Finanzierung der PKV ab. Sie hat bereits mehr als 2 Milliarden Euro zur Bewältigung der Pandemie beigetragen – insbesondere für die Rettungsschirme für Krankenhäuser und Pflegeheime oder für die Schutzausrüstungen der Ärzte.

Nach der Corona-Krise wird sich die deutsche Gesundheitspolitik stärker mit den gravierenden Folgen des demografischen Wandels auseinandersetzen müssen. Auch dafür gilt, was das Bundesverfassungsgericht in seinem wegweisenden Urteil für den Klimaschutz eingefordert hat: Eine klare Orientierung am Maßstab der Generationengerechtigkeit.

Die PKV hat diese Forderung bereits verwirklicht. Denn anders als die Gesetzliche Krankenversicherung ist sie auf den demografischen Wandel systematisch vorbereitet. Ihre Alterungsrückstellungen sind im Jahr 2020 um weitere 14 Milliarden auf 288 Milliarden Euro gewachsen. Mit dieser Nachhaltigkeitsreserve verschiebt die PKV keine Lasten auf

die Zukunft. Bei ihr wird die nachfolgende Generation nicht damit belastet, dass sie die hohen Kosten der Älteren mitfinanzieren muss. So erfüllt die PKV eine Vorbildfunktion für mehr Nachhaltigkeit auch in der Sozialpolitik.

Um für die Demografie vorzusorgen, braucht es also keine revolutionären Veränderungen. Schon kleine Schritte in Richtung auf mehr Eigenvorsorge können die finanzielle Stabilität langfristig verbessern. Zum Beispiel durch mehr private Zusatzversicherungen.

### **Geschäftsentwicklung und -ausblick**

Ich komme damit zur Geschäftsentwicklung für die gesamte Versicherungswirtschaft, die ich hier nur mit wenigen Zahlen skizzieren möchte:

Die Bruttobeiträge in der Versicherungswirtschaft legten im vergangenen Jahr trotz der Pandemie und des deutlichen Konjunkturerinbruchs um 1,6 Prozent auf rund 221 Mrd. Euro zu. Damit hat sich im Krisenjahr 2020 das Versicherungsgeschäft im branchenübergreifenden Kontext vergleichsweise robust gezeigt. Während in der Privaten Krankenversicherung und der Schaden- und Unfallversicherung die Beitragseinnahmen zunahmen,

entwickelte sich das Geschäft in der Lebensversicherung stabil.

Die Ertragssituation der Unternehmen ist über alle Sparten hinweg zufriedenstellend. Insgesamt hat sich der Versicherungssektor einmal mehr als Stabilitätsanker in der Krise gezeigt.

Für das laufende Jahr gehen wir von folgenden Prognosen aus:

In der Lebensversicherung wird in diesem Jahr mit einer Steigerung bei den laufenden Beiträgen und einem leichten Rückgang bei den Einmalbeiträge gerechnet. Damit könnten die gebuchten Brutto-Beiträge 2021 in etwa auf dem Niveau der beiden Vorjahre liegen.

Nach einem wachstumsschwachen, vom winterlichen Lockdown geprägten Jahresbeginn konnte sich das Lebensversicherungsgeschäft im Frühjahr und Sommer nur moderat erholen. Wider Erwarten hat die historisch hohe Ersparnisbildung der privaten Haushalte in der Pandemie dem Neugeschäft in der Lebensversicherung nur mäßigen Rückenwind verliehen. Die betriebliche Altersversorgung hingegen könnte im Jahr 2021 wieder stärker zum Gesamtergebnis beitragen: Die Beitragseinnahmen in der

bAV werden im laufenden Jahr voraussichtlich deutlich zulegen.

In der PKV rechnen wir in diesem Jahr mit einem soliden Beitragswachstum. Das hat zu tun mit den Tarifierungen in der Krankenvollversicherung und der Geschäftsentwicklung bei den Kranken-Zusatzversicherungen. Die Pandemie hat der Bevölkerung vor Augen geführt, wie wichtig ein ausreichender Gesundheitsschutz ist. Die Nachfrage von Versicherten der Gesetzlichen Krankenversicherung nach Zusatz-Schutz bleibt auch im laufenden Jahr weiterhin hoch.

Im weiteren Jahresverlauf wird die Geschäftsentwicklung in der Schaden- und Unfallversicherung von den Nachwirkungen der Corona-Pandemie geprägt sein. Mit einem prognostizierten Plus von 2,3 Prozent könnten die Beitragseinnahmen der Schaden- und Unfallversicherer im zweiten Pandemie-Jahr weiterhin schwächer ausfallen. Beitragsdämpfende Effekte sind dabei in der Kraftfahrtversicherung sowie der Sachversicherung zu erwarten. Demgegenüber ist eine stärkere Beitragsdynamik in der Haftpflicht-, Rechtsschutz-, sowie der Kreditversicherung plausibel.

Insgesamt gehen wir deshalb in diesem Jahr von einem Beitragswachstum in der Versicherungswirtschaft aus, das knapp über der Zwei-Prozent-Marke liegt. Für das kommende Jahr könnten sich bei einer anhaltenden konjunkturellen Erholung Wachstumsimpulse in allen drei Hauptsparten des Versicherungsgeschäfts ergeben. Wichtige Voraussetzung dafür sind natürlich günstige Rahmenbedingungen der neuen Bundesregierung.

## **Abschluss**

Ich komme damit abschließend doch noch zum Ausgang der Wahlen am vergangenen Sonntag.

Auch wenn wir zwei Tage nach der Wahl noch nicht wirklich schlauer sind, wohin die Reise geht: Ob eine Ampel-Koalition Olaf Scholz oder eine sogenannte Jamaika-Koalition Armin Laschet zum Bundeskanzler wählt – diese Ungewissheit dürfte uns wohl noch eine Weile begleiten.

Zur Stunde konstituiert sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und wählt einen neuen Vorsitzenden...

Sicher scheint: Erstmals in der Geschichte unseres Landes wird eine Bundesregierung von einer Dreier-Koalition

getragen – über dessen Zusammensetzung maßgeblich die Grünen und die Liberalen entscheiden.

Es wird einen neuen Kanzler geben, der neue eigene Akzente setzen wird – politisch, programmatisch und auch persönlich durch seinen Führungsstil.

Wir werden es mit einem nochmal größeren Parlament zu tun haben – von 735 Bundestagsabgeordneten sind ein gutes Drittel neu gewählt.

Wir werden wohl eine veränderte Dynamik erleben und ein verändertes Mindset der Akteure, weil zwei neue Koalitionäre darauf drängen, ihre ambitionierten Ziele in Parlament und Regierung nun auch umzusetzen

Wir werden uns einstellen müssen auf eine schwierigere und langwierigere Kompromiss- oder Konsensfindung, die unter drei Partnern naturgemäß länger dauert als unter zweien.

Wir müssen auch damit rechnen, dass sich in einem Dreier-Bündnis einmal gefundene Kompromisse kaum mehr auflösen lassen. Das betrifft auch künftige Ressortabstimmungen bei drei politisch unterschiedlich geführten Ministerien. Positionen Dritter werden es entsprechend schwerer haben, überhaupt durchzudringen.

Wir müssen deshalb unsere Positionen nicht nur frühzeitiger abstimmen und einbringen, sondern sie auch so begründen, dass sie anschlussfähig sind an Geist und Haltung der neuen Koalition.

Das sind die prozeduralen Veränderungen, auf die wir uns einstellen und an die wir uns anpassen müssen. Aber entscheidend ist, was sich inhaltlich ändern wird.

Drei Parteien werden auf der Grundlage ihrer Wahlprogramme nun mit dem Koalitionsvertrag ein Regierungsprogramm verhandeln. Jede Partei wird darauf achten, eigene Schwerpunkte, eigene Akzente zu setzen.

In der Problemanalyse sind sich die Parteien der Mitte weitgehend einig: Gelingen muss der ökologische Umbau der Wirtschaft und ein forcierter Klimaschutz, die Alterssicherung soll zukunftsfähig gemacht werden, die Pandemie und ihre finanziellen Folgen müssen bewältigt werden und nicht zuletzt soll die Digitalisierung das Land voranbringen.

In den Lösungsansätzen müssen Kompromisse gefunden werden. Das kann zum Teil einfach sein, zum Teil sehr kompliziert – etwa bei den Einnahmen des Staates oder den

Ausgaben etwa für Klimaschutz oder die Altersvorsorge. Wir kennen das.

Für uns, für den Versicherungssektor, sind die für uns relevanten Themen klar an unseren wirtschaftlichen Interessen orientiert: Wir wollen und werden ein relevanter Player bleiben, weil wir gebraucht werden.

Weil es unser Kapital ist, mit dem der Green Deal gelingt, weil es unsere Expertise ist, mit der die Folgen des Klimawandels eingedämmt werden können, weil die Entwicklung neuer Technologien nur mit dem Risikoschutz der Versicherer möglich ist und – auch das gehört dazu – weil die private und die betriebliche Altersvorsorge für das Alterssicherungssystem in Deutschland unverzichtbar bleiben.

Daran ändert das Wahlergebnis wenig. Natürlich müssen wir um unsere Erfolge ringen. Natürlich müssen wir mit unseren Angeboten anschlussfähig bleiben an wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen – und manchmal auch nur an den Zeitgeist. Und natürlich werden wir bei der fortwährenden Anpassung unseres Rechts- und Regelungsrahmens weiter um die richtigen Lösungen streiten.

Aber haben wir unsere Erfolge nicht schon immer damit erzielt, dass wir unsere Positionen an die sich verändernden Umstände angepasst haben?

Sie merken es, ich will Sie ermutigen und ermuntern. Auch wenn die Politik in einer neuen Konstellation vielleicht ein „schwieriger Kunde“ werden sollte: Wir sind es, die als Risikoträger und Kapitalgeber Verantwortung übernehmen für Investitionen und Wachstum, für Risikoschutz und Vorsorge.

Wir sind die Dienstleister der Transformation. Diese Aufgabe steht jetzt an. Deren Chancen sollten wir beherzt ergreifen. Damit unterstreichen wir die Relevanz unserer Branche für die Herausforderungen der Zukunft.

Wir haben für jedes der großen Themen fundierte Lösungsbeiträge und damit schon einen Fuß in der Tür, egal von welcher Regierung sie angegangen werden. Und über dieses Entrée treten wir als vertrauenswürdige Partner auf.

Ich möchte Sie einladen, daran weiter kräftig mitzuarbeiten – in der Geschlossenheit, die uns auszeichnet, mit Ihrer Expertise in den Gremien des Verbandes. Die uns stark macht und auf die wir stolz sein können. Und mit der

Professionalität, mit der wir alle gemeinsam unsere Interessen zur Geltung bringen.

Ich hoffe und bin sicher, dass wir weiter mit Ihnen rechnen können. Vielen Dank!